

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Die soziale Dimension der Kultur“

(2004/C 112/17)

Das Europäische Parlament beschloss am 20. November 2003, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss gemäß Artikel 262 Absatz 4 des EG-Vertrags um Stellungnahme zu folgendem Thema zu ersuchen: „Die soziale Dimension der Kultur“.

Die mit der Vorbereitung der Arbeiten beauftragte Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft nahm ihre Stellungnahme am 3. März 2004 an. Berichtersteller war Herr LE SCORNET.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 407. Plenartagung am 31. März/1. April 2004 (Sitzung vom 31. März) mit 98 Ja-Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen folgende Stellungnahme:

1. Einleitung

1.1 Das Europäische Parlament und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss haben beschlossen, die Thematik „Die soziale Dimension der Kultur“ zu einem gemeinsamen Thema zu machen, weil sie der Auffassung sind, dass Kultur und soziale Entwicklung in enger Wechselbeziehung stehen und dieses Beziehungsfeld zunehmend an Bedeutung für die europäische Integrationspolitik gewinnt.

1.2 Der Ausschuss hat bereits 1999 in einer Stellungnahme⁽¹⁾ festgestellt: „folgt man der — sehr weiten — Definition von Kultur als Orientierungssystem von Werten, die für die Mitglieder einer Gesellschaft relevant sind, dann strukturiert Kultur auch das Handlungsfeld der Zivilgesellschaft“. Aus Sicht des Ausschusses räumt Kultur — begriffen als Prozess und gemeinsame Form des Denkens und Handelns —, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe Schlüsselfunktionen ein. Das Projekt der europäischen Verfassung fußt nicht zuletzt auf dem Fundament gemeinsamer Wertvorstellungen, Ziele, Grundrechte und einem neuen Verständnis demokratischen Handelns. Diese Elemente bilden in ihrer Gesamtheit die Grundlagen eines europäischen Kulturverständnisses, dessen soziale Komponenten wie Solidarität, Toleranz, soziale Kohäsion, Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung sowie soziale Integration grundlegend sind. Basierend auf diesem Ansatz hat sich der Ausschuss daher im Rahmen des Europäischen Konvents dafür ausgesprochen, in Zukunft auch zum Bereich „Kultur“ gehört zu werden. Aus all dem ergibt sich die besondere Verantwortung des Europäischen Parlaments als demokratisches Vertretungsorgan der Bürger Europas und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses als institutioneller Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen für diesen Themenkomplex.

1.3 Das Europäische Parlament betont zu Recht die „Verpflichtung“, eine „gemeinsame kulturelle Grundlage“ und eine „europäische Zivilgesellschaft“ zu schaffen⁽²⁾. Das erweist sich als umso dringlicher, als die Dominanz der nationalen Dimension der Kultur, die durch Jahrhunderte übersteigerten Nationalismus gefördert wurde, bei jeder Zunahme an Komplexität wieder aufzuleben droht und durch die Erweiterung — abgesehen davon, dass sie gerade zu größerer Komplexität führt — Nationen beitreten, deren Geschichte, Traditionen und Kultur innerhalb Europas sehr unterschiedlich sind.

⁽¹⁾ Stellungnahme des EWSA vom 23.9.1999 zum Thema „Die Rolle und der Beitrag der organisierten Zivilgesellschaft zum europäischen Einigungswerk“ — ABl. C 329 vom 17.11.1999.

⁽²⁾ RUFFOLO-Bericht — EP A5-0281/2001.

1.4 Mit dieser Stellungnahme konzentriert sich der Ausschuss im Hinblick auf die knappe Zeitvorgabe im Folgenden zunächst auf drei Kernbereiche.

2. Wie soll die europäische Gesellschaft aussehen? Hin zu einer neuen „Kultur“ der Wechselwirkung zwischen wirtschaftlichem, sozialem und ökologischem Handeln

2.1 In diesem Zusammenhang ist die „soziale Dimension der Kultur“ nicht nur innerhalb der Union zur „Schaffung“ europäischer Identität und zur Gestaltung eines Projekts und eines Prozesses für das Zusammenleben der Europäer entscheidend, sondern auch nach außen. Was Europa attraktiv macht, ist nicht nur das Ausmaß und die Leistungsfähigkeit des größten Binnenmarkts weltweit, die Höhe des BIP oder die Stärke des Euro. Es ist auch die Originalität und die Zweckmäßigkeit eines Gesellschafts- und Kulturmodells, durch das Europa dank gemeinsamer Werte gelernt hat und immer noch lernt, mit seiner kulturellen Vielfalt ebenso wie mit seinen sozialen und politischen Widersprüchen friedlich umzugehen und sie positiv zu verbinden.

2.2 Die gegenwärtigen Umbrüche in der Gesellschaft, wie Auswirkungen der Globalisierung, die soziodemographischen Veränderungen (Revolutionen), Migration und Immigration, die wachsende Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologie, die Durchsetzung und Umsetzung des Prinzips der Gleichberechtigung der Geschlechter und andere tiefgreifende sozioökonomische Veränderungen stellen enorme Herausforderungen an die Politik in ihrer sozialen, kulturellen und symbolischen Dimension. Für unsere Gesellschaften ist es heute unverzichtbar, alle ihre Akteure und alle ihre Rahmenbedingungen anzuerkennen und einzubeziehen. Wie das „Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen“ und die entsprechenden Stellungnahmen und Initiativen des EWSA gezeigt haben, werden sie nach dem Platz und der Rolle beurteilt, die sie den Ärmsten und den am stärksten Ausgegrenzten zuteilen.

2.3 Geht es nicht darum, der so klassischen hierarchischen Steuerung von oben und der „fürsorglichen Abhängigkeit“ (vgl. die verschiedenen Formen des Wohlfahrtsstaats) heute ein Paradigma der aktiven Teilnahme aller, der „Befähigung“ aller wirtschaftlichen, sozialen, familiären und kulturellen Akteure entgegenzusetzen?

2.4 Stellt diese aktive Teilnahme nicht die unabdingbare Voraussetzung eines erfüllten kreativen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens dar? Ist sie somit nicht gleichzeitig ein ethischer und wirtschaftlicher Imperativ? Denn die Achtung und die Verwirklichung seiner selbst und des anderen, der Primat des Grundsatzes der Zusammenarbeit sind die gemeinsamen Merkmale des zeitgenössischen europäischen Humanismus und der globalen Wettbewerbsfähigkeit dieses integrierten Raums.

2.5 Durch die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Praktiken entsteht beständig Kultur. Durch die Feststellung und Hervorhebung der Veränderungen der wichtigsten kulturellen Paradigmen im Rahmen dieser Praktiken ließe sich der Begriff „soziale Dimension der Kultur“ operationalisieren.

2.6 Das heißt letztlich, dass die Beziehungs- und Verantwortungsfelder zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft gemeinsam neu überdacht und definiert werden müssen.

3. Die Auswirkungen der Veränderungen der Arbeitswelt auf Sozialstruktur und kulturelle Werte

3.1 Es ist nicht möglich, die tiefgreifenden Umwälzungen in diesen Bereichen in dieser Stellungnahme wirklich gründlich zu analysieren. Es soll nur darauf hingewiesen werden, dass eine solche Analyse sicherlich dazu beitragen würde, den Begriff „Wissensgesellschaft“, ein dynamisches Kernelement der europäischen Integration, wie sie durch den Lissabon-Prozess definiert ist, weiter zu erhellen.

3.2 Die weltweite Tendenz, alle Arbeitswelten, einschließlich die der „Konsumarbeit“, geistig zu erfassen und zu verarbeiten, und die gestiegene Bedeutung von Beziehungs-, Stilistik- und Kreativitätskriterien innerhalb dieser Welten sind in Europa in einzigartiger Weise ausgeprägt. Dies ist sicherlich einer der Hauptgründe für den Unterschied in puncto Wettbewerbsfähigkeit, Attraktivität, Bürgersinn und Unternehmerngeist, den Europa gegenüber anderen geokulturellen Räumen auf der Welt hat bzw. entwickeln kann.

3.3 Zudem stehen Integrations- und Mediationsberufe in einer Gesellschaft, die sich in einem so tiefgreifenden Wandel befindet, an vorderster Front. Die immensen Spannungen, denen diese Berufe ausgesetzt sind, übersteigen die materiellen und objektiven Schwierigkeiten, mit denen diese Art von Arbeit konfrontiert ist. Sie stellen alle auf Solidarität und sozialer Kontrolle fußenden Handlungskriterien innerhalb unserer Gesellschaften in Frage. Die (Um-)Wandlung des symbolischen Raums, der die geistige Welt und Identität dieser Berufe darstellt, muss entschlüsselt werden.

3.4 In einer Gesellschaft, in der sich so tiefgreifende Umwälzungen vollziehen, lassen sich die soziale Dimension der Kultur und der kulturelle Ansatz für soziale Fragen nicht mehr voneinander trennen bzw. hierarchisieren. Deshalb lassen sich das Wirtschaftliche, das Soziale und das Politische auf der einen Seite und Arbeit sowie der künstlerische und wissenschaftliche Akt auf der anderen Seite nicht mehr auseinanderdividieren. Ohne jegliche Instrumentalisierung nimmt die eigentliche Bedeutung der schöpferischen Arbeit von Künstlern und Wissenschaftlern beträchtlich zu. Aus diesem Grund sollten

insbesondere Überlegungen zu den neuen Formen einer kulturellen Wirtschaft (solidarische Wirtschaft, Vergemeinschaftung der Finanzmittel) angestellt werden.

4. Eine neue Kultur der Demokratie

4.1 Die Sozial- und die Kulturpolitik sind nicht nur Politikfelder, sondern eine „Kultur“ des gesamten politischen Geschehens. Die kulturelle Demokratie im Sinne von „kulturelle Sicherheit“, „kulturelle Zuverlässigkeit“ und „soziales und kulturelles Regieren“ muss gefördert werden. Von nun an ist es erforderlich, ausdrücklich Überlegungen zur Einführung von kulturellen Rechten, Freiheiten und Pflichten einzuleiten.

4.2 Müssen die wichtigsten Paradigmen der kulturellen und sozialen Demokratie nicht überdacht und weiterentwickelt werden:

- das Bildungsparadigma (insbesondere durch den Ausbau von Bildungsangeboten und Angeboten für lebenslanges Lernen)
- das Paradigma der Ressourcenaufwertung (unter Verstärkung der kreativen und kommunikationsfördernden Interpretationen von Kultur und Sozialem)
- das Paradigma der Mediation (mit der Einführung neuer „kultureller Standards“, die aus Situationen sozialer Ausgrenzung insbesondere mehr Sinn und mehr Menschlichkeit ziehen)?

4.3 Die Vielzahl von Kernfragen, die sich bei der Konzipierung einer echten sozialen und kulturellen Demokratie stellen, sollten zusammen mit den sozialen Bewegungen, den kulturellen Netzwerken und den Sozialpartnern und nicht nur zwischen den Institutionen vertieft werden. Die Einführung einer Ethik der Zusammenarbeit zwischen allen Partnern ist zweifellos eine der größten Herausforderungen, die es dabei zu bewältigen gilt.

5. Empfehlungen

Ausgehend von diesen ersten, per Definition unausgereiften Überlegungen zur „sozialen Dimension der Kultur“ unterbreitet der EWSA einige Vorschläge:

5.1 Der kulturelle Auftrag des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

5.1.1 Wie einige nationale Wirtschafts- und Sozialräte oder vergleichbare Einrichtungen dies bereits getan haben, möchte der EWSA deutlicher als bisher seinem kulturellen Auftrag gerecht werden. Und dies umso mehr, als „die Entwicklung der Zivilgesellschaft [...] ein kultureller Prozess“⁽¹⁾ ist, wie der Ausschuss in einer früheren Stellungnahme erklärte. Deshalb beabsichtigt der Ausschuss, mit den nationalen WSR und allen Institutionen der Europäischen Union (Parlament, Rat, Kommission, Ausschuss der Regionen) einen aktiven Dialog zu diesem Thema anzuknüpfen und als pluralistisches, dynamisches und innovatives Forum für die Debatten mit der organisierten Zivilgesellschaft über die kulturelle Entwicklung zu fungieren — als echtes Forum zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung und einer kreativen Kulturindustrie⁽²⁾.

⁽¹⁾ Stellungnahme des EWSA vom 23.9.1999 zum Thema „Die Rolle und der Beitrag der organisierten Zivilgesellschaft zum europäischen Einigungswerk“ (Berichterstatlerin: Anne-Marie SIGMUND) — ABl. C 329 vom 17.11.1999.

⁽²⁾ Stellungnahme des EWSA vom 28.1.2004 zum Thema „Kulturindustrie in Europa“ (CESE 102/2004) (Berichterstatler: Herr RODRIGUEZ GARCÍA-CARO).

5.2 Die schrittweise Einrichtung einer europäischen Beobachtungsstelle für kulturelle Zusammenarbeit

5.2.1 Der Ausschuss schlägt vor, die Überlegungen zum Vorschlag des Europäischen Parlaments, eine europäische Beobachtungsstelle für kulturelle Zusammenarbeit einzurichten⁽¹⁾, gemeinsam mit der Kommission und dem Parlament fortzusetzen.

5.2.2 Dies tut er umso mehr, als er nicht verkennt, dass die Schlussfolgerungen der von der Kommission zu diesem Vorschlag des Parlaments angeforderten Machbarkeitsstudie nicht nur positiv sind. Zwar hält der Ausschuss die gezogenen Schlussfolgerungen für absolut notwendig, aber nicht für hinreichend: Sie zielen nur darauf ab, derzeit aktive Netzwerke und Einrichtungen zu unterstützen und ihre Finanzierung zu überprüfen sowie ein Internetportal einzurichten und vermehrt kulturelle Statistiken zu erstellen⁽²⁾.

5.2.3 Deshalb schlägt der Ausschuss vor, die Ziele einer europäischen Beobachtungsstelle für kulturelle Zusammenarbeit, für deren Einrichtung er sich zusammen mit dem EP einsetzt, in einer Initiativstellungnahme exakt zu definieren. Es sollte auch dafür gesorgt werden, dass es sich um ein interinstitutionelles und grenzübergreifendes „Netzwerk“ mit regionalen und nationalen Knotenpunkten handeln würde, das alle derzeitigen öffentlichen, sozialwirtschaftlichen und privaten Akteure sowie alle (einschließlich vergangener und verschütteter) Erfahrungen nutzt und zwischen ihnen Synergien schafft. Dass es sich also nicht um „noch eine“ zentrale Einrichtung handeln würde. Diese dynamische Zusammenarbeit würde eine eher offensive Entwicklung des Subsidiaritätskonzepts in der europäischen Kulturpolitik fördern. Sie gäbe den europäischen Bürgern die Möglichkeit, direkt an der Schaffung dieses gemeinsamen Kulturraums mitzuarbeiten, und damit auch, sich darin wiederzuerkennen. Der Ausschuss könnte innerhalb dieses Rahmens als Sekretariat und Sammelstelle fungieren, eine echte Daten- und Wissensbank betreiben oder auch durch die Vorlage spezifischer Aktionspläne eine führende Rolle übernehmen.

5.2.4 Hierbei ist die beträchtliche Sondierungsarbeit zu berücksichtigen, die die Europäische Agentur in Bilbao und die Europäische Stiftung in Dublin leisten. Sie registrieren und entwickeln „vorbildliche Verfahrensweisen“, kulturelle Veränderungen bei den Arbeitsbedingungen, der Beschäftigung, der Prävention und dem sozialen Zusammenhalt. Sie zeigen die schon bestehenden Pluspunkte auf, die sich diese europäische Beobachtungsstelle bei einem weitgefassten Verständnis von Kultur zunutze machen könnte.

5.2.5 Zudem bestehen zahlreiche Netzwerke zur Thematik Kultur als soziales Band, insbesondere innerhalb ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen und solcher, die dabei sind, es zu werden (Arbeiterviertel, verlassene Industrieregionen, entvölkerte ländliche Räume) — die von der Kommission angeforderte Studie

hat bereits 65 ermittelt. Der Ausschuss, der mehrere dieser Netzwerke befragt hat, hält es ebenso wie sie für erforderlich, sie aus der Isolierung zu holen und sie mit immer noch fehlenden Mitteln auszustatten, die es ihnen ermöglichen, weiterzubesuchen und sich zu entwickeln. Deshalb sollte die Beobachtungsstelle für kulturelle Zusammenarbeit nicht nur eine Versuchsstätte sein, die schon erprobtes Wissen und Know-how verbreitet, von einem Bereich auf den anderen überträgt, sondern auch Evaluierungsfunktion hat.

5.2.6 Diese Aufgabe besteht in erster Linie darin, zu überprüfen, ob die kulturelle Dimension in den gemeinschaftspolitischen Maßnahmen angemessen berücksichtigt wird und insbesondere zur Stärkung der zur Verlängerung anstehenden Programme „Kultur 2000“ und „MEDIA Plus“ beitragen, damit diese Programme einer aufgrund der Erweiterung grundlegend veränderten Realität gerecht werden und auch neue Aktionsbereiche umfassen. Eine solche Beobachtungsstelle könnte eventuell einen eigenen Jahresbericht erstellen.

5.3 Ständige Kontakte und gemeinsame einschlägige Projekte zwischen dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss im Kulturbereich

5.3.1 Im Kulturbereich müssen die beiden Institutionen, die die europäischen Völker jede auf ihre ganz eigene Weise vertreten, erkennbar und öffentlichkeitswirksam zusammenarbeiten, gemeinsame Verfahren anwenden und gemeinsame Veranstaltungen organisieren.

5.3.2 Eine gemeinsame Sitzung pro Jahr zur Propagierung eines „Europa der Kultur“ könnte dazu beitragen, die Fortschritte der Union auf dem Weg von einer Rechtsgemeinschaft zu einer Wertegemeinschaft zu ermessen, und ein jährliches Ziel zur Förderung zumindest eines wirklich gemeinsamen kulturellen Wertes festzulegen.

5.3.3 Ausgehend von den bereits reichhaltigen Erfahrungen der jährlich wechselnden Kulturhauptstädte Europas könnte in der ersten Sitzung der beiden Institutionen als Ziel ein offener Wettbewerb für Vorschläge festgelegt werden, der alle zwei, drei oder vier Jahre (warum nicht im Rhythmus der Olympischen Spiele) in eine Initiative mündet, an der sich alle europäischen Staaten beteiligen. Dabei würden diese Länder selbst die europäische Kultur in die Welt hinaus tragen, indem sie mindestens einen Partner aus einem anderen Kulturkreis in die europäische Initiative einbinden.

5.3.4 Außerdem könnten die beiden Institutionen zur Einrichtung einer europäischen „Task-Force“ zur Förderung des kulturellen und künstlerischen Austauschs in Konfliktgebieten beitragen, sowohl zur Konfliktverhütung als auch zur Konfliktnachsorge.

Brüssel, den 31. März 2004

Der Präsident

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Roger BRIESCH

⁽¹⁾ RUFFOLO-Bericht — EP A5-0281/2001.

⁽²⁾ A Feasibility study concerning the creation of a European observatory of Cultural Co-operation (vgl. Final Report to the European Commission — 18th August 2003) http://europa.eu.int/comm/culture/eac/sources_info/pdf-word/final_report_aout_2003.pdf.